



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung II/4: Kompetenzzentrum für Zivilschutz sowie das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement.

# Vorsorge, Hilfe, Information

Die Abteilung II/4 im Bundesministerium für Inneres versteht sich als Kompetenzzentrum für Zivilschutz sowie das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement.

Die Abteilung II/4 im Innenministerium ist aus der Zusammenlegung der einstigen Zivilschutzabteilung und den früheren Abteilungen für Staatliches Krisenmanagement und internationale Katastrophenhilfe im Bundeskanzleramt hervorgegangen. In ihrer derzeitigen Struktur mit zwei Referaten für innerstaatliche und internationale Angelegenheiten besteht die Abteilung seit 2005. Die Kernkompetenz der Abteilung liegt in der Koordination der zahlreichen Aktivitäten des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements sowie in der Durchführung der österreichischen Beiträge zur internationalen Katastrophenhilfe.

Im letzten Jahr konzentrierten sich die Aktivitäten der Abteilung auf die Vorsitzführung in der Ratsgruppe Zivilschutz, die Abwicklung von zahlreichen Hilfsmaßnahmen im Ausland, auf

die Mitwirkung an den Sicherheitskonzepten für die österreichische Ratspräsidentschaft und die EURO 2008 sowie auf die Aufarbeitung von Katastrophen in Österreich. Einige schwerpunktmäßige Projekte:

**Solidaritätsfonds der EU.** Zu den Aufgaben der Abteilung II/4 gehört die Koordination des EU-Solidaritätsfonds in Österreich. Der Fonds ist ein Finanzinstrument der EU, das 2002 nach der großen Flutkatastrophe in mehreren europäischen Ländern, unter anderem auf österreichisches Betreiben hin, eingerichtet wurde. Er dient dazu, die von einer Naturkatastrophe „europäischen Ausmaßes“ betroffenen Mitgliedsstaaten bei der Wiederherstellung der öffentlichen Infrastruktur finanziell zu unterstützen. Österreich hat bislang zweimal eine Beihilfe aus dem Fonds erhalten. 2002 wurden von der EU 134

Millionen Euro zur Verfügung gestellt, nach den Hochwasserkatastrophen 2005 in Tirol und Vorarlberg wurde eine Beihilfe von knapp 15 Millionen Euro ausbezahlt. Beide Finanzhilfen wurden vorwiegend zur Wiederherstellung der Verkehrsinfrastruktur und von Schutzeinrichtungen entlang der betroffenen Wasserläufe verwendet. Die Abteilung II/4 stellt jeweils die Anträge bei der Kommission und koordiniert die Auszahlung der Beihilfe an die betroffenen Stellen; sie ist darüber hinaus für die Finanzkontrolle und die Berichterlegung an die Europäische Kommission verantwortlich.

**SKKM-Richtlinie „Führen im Katastropheneinsatz“.** Die im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements eingerichtete Fachgruppe für Ausbildungsangelegenheiten hat bei der Jahrestagung des Ko-

FOTO: EGON WEISSHEIMER

ordinationsausschusses des Staatlichen Krisenmanagements am 16. Oktober 2006 in Dornbirn eine Richtlinie für das Führen im Katastropheneinsatz vorgelegt, die vom Ausschuss angenommen wurde. Die Richtlinie wurde von Vertretern des BMI, der Bundesländer und der Einsatzorganisationen erstellt und ist eine über alle Organisationen und Gebietskörperschaft hinweg akkordierte gemeinsame Grundlage für das Führen im Katastropheneinsatz. Die Richtlinie enthält die Grundzüge des Führungsverfahrens sowie Erläuterungen zu den Stabsstrukturen. Im Jahr 2007 soll an der Sicherheitsakademie eine Ausbildung zu der neuen Richtlinie für Führungskräfte von Behörden und Einsatzorganisationen starten.

**Internationale Katastrophenhilfe – neue Partnerschaft mit der Russischen Föderation.** Österreich verfolgt seit rund zwei Jahrzehnten neben der Zusammenarbeit im Rahmen der EU und internationaler Organisationen eine möglichst gute bilaterale Kooperation im Bereich der Katastrophenhilfe. Während anfangs der Abschluss von Katastrophenhilfeabkommen mit den unmittelbaren Nachbarstaaten im Vordergrund stand, werden zur Ausweitung des Netzwerks an Partnerschaften in letzter Zeit auch mit Staaten Verbindungen eingegangen, zu denen keine gemeinsame Grenze besteht. Eine der jüngsten Initiativen der Abteilung II/4



**Kooperationsvertrag mit Russland: Minister Sergey Schogui und Liese Prokop.**

auf diesem Gebiet ist die Intensivierung der Kooperation mit der russischen Föderation. Eingeleitet wurde dieser Prozess mit der Unterzeichnung eines „Memorandums of Understanding“ durch Innenministerin Liese Prokop und den russischen Minister für Katastrophenschutz, Sergey Schogui, anlässlich des Treffens der EU-Generaldirektoren für Zivilschutz auf Schloss Seggau im Mai 2006. Fortgesetzt wurde der Prozess mit einem dreitägigen Arbeitsbesuch einer Delegation des Innenministeriums und der Bergrettung in der russischen Föderation im November 2006, zu dem Minister Schogui eingeladen hatte.

Das Expertentreffen diente unter anderem dazu, die Arbeiten an einem geplanten Katastrophenhilfeabkommen mit der russischen Föderation weiterzuführen, das 2007 unterzeichnet werden soll, sowie die Kooperation im Katastrophenschutz allgemein zu vertiefen. Neben Delegationsleiterin Dr. Doris Ita nahmen der Präsident des *Österreichischen Bergrettungsdienstes*,

Reinhold Dörflinger, und Fachleute der Alpin- und Flugpolizei am Treffen teil. In Krasnaja Poljana bei Sotschi konnte sich die Delegation vom Können des russischen Rettungsdienstes überzeugen. Dabei traf die Delegation mit hochrangigen Vertretern des „Ministeriums für besondere Situationen“, Russlands zuständige Behörde für Katastrophenschutzangelegenheiten, zusammen. Die Experten zeigten dabei besonderes Interesse am österreichischen Katastrophenschutzmodell, das auf Freiwilligen aus den einzelnen Einsatzorganisationen aufgebaut ist. In Russland besteht der Katastrophenhilfsdienst hingegen ausschließlich aus hauptberuflichen Rettungsleuten. Dieser soll in Zukunft aber auch um Freiwillige ergänzt werden. Das Interesse am österreichischen Ausbildungsangebot spiegelte sich auch entsprechend in den Medien wider. Über Einladung von Bundesministerin Liese Prokop werden im Frühjahr 2007 erstmals russische Bergretter an einer Spezialausbildung in Österreich teilnehmen.

**Internationale Katastrophenhilfe – Leistungsbilanz 2003 bis 2006.** Mit 1. Mai 2003 erfolgte die Überführung der Zuständigkeiten für das Staatliche Krisenmanagement und die internationale Katastrophenhilfe in das Bundesministerium für Inneres. Durch die Zusammenführung mit der schon vorher im BMI angesiedelten Zuständigkeit für

## BROSCHÜREN DER ABTEILUNG II/4

### Information aus erster Hand

Von 1996 bis 2006 wurden insgesamt rund 890.000 Ratgeber zur Verfügung gestellt, davon

- 430.000 Brandschutzratgeber,
- 306.600 Strahlenschutzratgeber,
- 131.800 Störfallschutzratgeber und
- 16.725 Foliensätze.



#### Brandschutzratgeber –

Brandschutz zu Hause und im Betrieb. 80 Seiten Information mit zahlreichen Abbildungen, plus 3 Bögen mit Aufklebern zum Thema „Brandsicherheit“:

- Grundlagen der Brandbekämpfung
- Vorbeugender Brandschutz
- Brandgefahren
- Brandschutzeinrichtungen

- Betriebsbrandschutz
- Verhalten im Brandfall
- Löschen



#### Störfallschutzratgeber –

Schutz in Haus und Wohnung bei Industrieunfällen. 52 Seiten Information leicht und verständlich aufbereitet, plus ein Bogen

mit Aufklebern zum Thema „Richtiges Verhalten bei Chemie- und Industrieunfällen“:

- Industriezweige mit erhöhtem Gefahrenpotenzial
- Gefährdungsmöglichkeiten bei Industrie- und Transportunfällen
- Ausbreitungsverhalten giftiger Gase
- Warnung und Information
- Schutz in den eigenen vier Wänden
- Gefahrensymbole, Warnzeichen



#### Strahlenschutzratgeber

– Schutz in Haus und Wohnung bei einem KKW-Unfall. 60 Seiten Information leicht und verständlich aufbereitet, plus

ein Bogen mit Aufklebern zum Thema „Warnung und Alarmierung“:

- Kernkraftwerke in Europa
- Gefährdungen durch Radioaktivität
- Kernkraftwerksunfall
- Warnung und Information
- Kaliumjodidtabletten
- Schutz in den eigenen vier Wänden
- Schutzmaßnahmen in der Garten- und Landwirtschaft

Anforderung: BMI, Abteilung II/4, Postfach 100, 1014 Wien, E-Mail: [bmi-II-4-a@bmi.gv.at](mailto:bmi-II-4-a@bmi.gv.at), Telefon: (01) 53126-3143 oder 3438, Fax: DW 3478

das Staatliche Katastrophenschutzmanagement wurden auf Bundesebene erstmals wesentliche Koordinationszuständigkeiten in einem Ressort vereint und damit eine Vereinfachung der Strukturen und eine Verbesserung in der Ablauforganisation herbeigeführt. Auch die Abwicklung der internationalen Katastrophenhilfe erfolgt seither im Rahmen derselben Strukturen. Im Anlassfall ist die Bundeswarnzentrale, die als operationelles Koordinations- und Informationsinstrument dient, die einheitliche Ansprechstelle auf nationaler, bilateraler, supranationaler, multinationaler und internationaler Ebene. Dass diese Strukturbereinigung einen wesentlichen Fortschritt darstellt, kommt auch in der Bilanz der internationalen Katastrophenhilfe Österreichs seit 2003 zum Ausdruck. In diesem Zeitraum hat Österreich bei insgesamt 23 internationalen Katastrophenhilfeinsätzen unter Koordination des Innenministeriums mit Unterstützung freiwilliger Hilfs- und Rettungsorganisationen und staatlicher Stellen Rettungskräfte oder Hilfsgüter in die betroffenen Katastrophengebiete entsandt.

**Zivilschutz in der EU – Entscheidende Fortschritte unter der österreichischen Ratspräsidentschaft.** Während der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs konnten im Bereich der europäischen Katastrophenhilfe erfreuliche Erfolge erzielt werden. Allem voran steht die erstmalige Erstellung des EU-Handbuchs für die praktische Notfall- und Krisenkoordination, das eine Liste der operativen Kontaktstellen aller EU-Mitgliedstaaten sowie der bi- und multilateralen regionalen Abkommen für zwei beispielhafte Krisenszenarien ausweist – Grippepandemie und Terroranschläge. Dieses operative Handbuch, das primär als Leitfaden für die Alarmzentren in den EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen dient, wird von den nachfolgenden Ratspräsidentschaften laufend aktualisiert und angepasst werden.

Wichtige Schritte zur Verbesserung der Koordination zwischen der Europäischen Union und den Vereinten Nationen im Rahmen von Katastrophenhilfeinsätzen außerhalb der EU wurde durch ein von der österreichischen Präsidentschaft organisiertes hochrangiges Expertenseminar gesetzt. Fachleute aus den 25 EU-Mitgliedstaaten sowie hochrangige Vertreter des



Bundeswarnzentrale im Bundesministerium für Inneres.

BMI, der Europäischen Kommission und der UN erarbeiteten gemeinsam umfassende Empfehlungen zur Verbesserung der Kooperation zwischen den beiden internationalen Akteuren. Zudem konnte die Grundlage für zwei Basisrechtsakte für den EU-Katastrophenschutz gelegt werden.

**Informationsarbeit.** Neben der staatlichen Katastrophenhilfe kommt bei Großschadenslagen auch der Mitarbeit der betroffenen Bewohner eine entscheidende Bedeutung zu. Um das Selbstschutzverhalten der Bevölkerung zu fördern, hat das Bundesministerium für Inneres bereits im Jahr 1986 die Sicherheitsinformationszentren in den Gemeinden geschaffen und parallel dazu mit der Herausgabe von Informationsbroschüren begonnen. Die Broschüren decken zentrale Themenbereiche des Zivilschutzes ab – den Brand-, Strahlen- und Störfallschutz. Die Publi-

kationen erfreuen sich einer großen Nachfrage bei Firmen, Schulen, Organisationen und Privatpersonen. Vom Brandschutzratgeber, dem „Klassiker“ der Broschürenreihe, liegt mittlerweile die elfte Auflage vor. Das BMI stellt damit der Bevölkerung ein erstklassiges Informationsangebot zur Verfügung. Die Broschüren werden von der Abt. II/4 laufend aktualisiert und nachgedruckt. Als aktuelles Projekt wird der ebenfalls stark nachgefragte Strahlenschutzratgeber im Frühjahr 2007 als gänzlich überarbeitete und erweiterte siebente Auflage erscheinen. Dem neuen Strahlenschutzratgeber wird in Ergänzung zum Foliensatz auch eine CD mit einer PC-Präsentation angeschlossen sein. Die Broschüren können kostenlos angefordert werden. Die Materialien sind auch im Internet abrufbar unter: [www.bmi.gv.at/zivilschutz](http://www.bmi.gv.at/zivilschutz).

*Doris Ita/Siegfried Jachs/Christian Kroll/Petra Unterweger*

## INTERNATIONALE KATASTROPHENHILFE

**Österreich** hat seit 2003 an 23 internationalen Hilfsmaßnahmen mitgewirkt:

Erdbeben Algerien (Mai 2003)  
 Erdbeben Iran (Dezember 2003)  
 Erdbeben Marokko (Februar 2004)  
 Geisellage Beslan (September 2004)  
 Tsunami Indonesien (Jänner 2005)  
 Schneechaos Schweden (Feb. 2005)  
 Hochwasser Rumänien (Mai 2005)  
 Flut Georgien (Mai/Juni 2005)  
 Hochwasser Bulgarien (Juni 2005)  
 Hochwasser Bulgarien (Juli 2005)

Hochwasser Rumänien (Juli 2005)  
 Hochwasser Bulgarien (August 2005)  
 Hurrikan USA (September 2005)  
 Erdbeben Pakistan (Oktober 2005)  
 Schneechaos Bayern (Februar 2006)  
 Schneechaos Kirgisistan (März 2006)  
 Hochwasser Bulgarien (April 2006)  
 Hochwasser Rumänien (April 2006)  
 Hochwasser Slowakei (April 2006)  
 Hochwasser Ungarn (April 2006)  
 Erdbeben Indonesien (Juni 2006)  
 Hochwasser Äthiopien (August 2006)  
 Waldbrände Georgien (August 2006)